Bauarbeiter in Berlin

STEPHANIE PILICK / DPA

ARBEITSMARKT

8,50 Euro?

Die schwarz-rote Koalition wird einen flächendeckenden Mindestlohn einführen. Für das Projekt gibt es gute Gründe. Aber entscheidend ist die Höhe des Lohns.

Nico Müller nimmt an einem der größten Experimente der deutschen Wirtschaftsgeschichte teil – und wie es aussieht, könnte der Jungunternehmer Gewinner und Verlierer zugleich sein.

Es geht um die Frage, wie ein allgemeiner Mindestlohn, der bald Gesetz werden dürfte, die Arbeitswelt verändert. Eigentlich ist Müller Fan des Mindestlohns. Vor drei Jahren hat sich der 27-Jährige mit seinem Friseursalon „Hair Müller“ in Berlin selbständig gemacht – und die Preise von Anfang an so kalkuliert, dass er seinen Angestellten mindestens 9 Euro pro Stunde zahlen kann. Eine Untergrenze von 8,50 Euro träfe ihn nicht, im Gegenteil: Seine Billigkonkurrenz wäre wohl am Ende.

Müller weiß das nur zu gut, denn im nächsten Jahr will er auch den Laden seiner Mutter übernehmen. Der liegt in Anklam, einem Städtchen im Osten Mecklenburg-Vorpommerns, dem ärmsten Landstrich der Republik. Anders als in Berlin, wo die Kunden locker 25 Euro für einen Herrenhaarschnitt zahlen, kostet das Rentnerpaket „Einmal alles ab“ dort nur 7 Euro. Entsprechend verdienen die Mitarbeiter in Anklam nur 5 bis 7 Euro pro Stunde. „Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro müsste ich die Preise um ein Drittel anheben“, schätzt Müller. Geht das gut? „Ich hoffe. Weil alle teurer werden, haben die Kunden keine Alternative.“ Und sonst? „Dann gehen wir pleite.“

Ob Müller all seinen Mitarbeitern künftig einen staatlich fixierten Mindestlohn zahlen muss, ist jedenfalls keine abstrakte Frage mehr. Am Mittwoch beginnen die Koalitionsverhandlungen zwischen der Union und den Sozialdemokraten. Und schon jetzt steht fest, dass es eine Große Koalition nur mit einer solchen Lohnuntergrenze geben wird.

Um der murrenden SPD-Basis das unliebsame Bündnis schmackhaft zu machen, will die Union den Sozialdemokraten sogar 8,50 Euro in Aussicht stellen. Es wäre eine Morgengabe an den neuen Partner – und wegen der schieren Höhe des Lohns zugleich der erste ökonomische Fehltritt der neuen Großkoalition.

Dabei gibt es durchaus Gründe für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn: In fast allen Industrienationen von Großbritannien über Japan bis zu den USA existiert er bereits. In Deutschland dagegen gibt es Mindestlöhne nur in ausgewählten Branchen auf der Grundlage von Tarifverträgen. Allerdings ist es

auch ein Instrument, das Sensibilität verlangt. Ist der Mindestlohn zu niedrig, entfaltet er keine Wirkung. Ist er zu hoch, vernichtet er Jobs.

Sicher ist, dass eine Kommission von Gewerkschaften und Arbeitgebern den Mindestlohn ausgestalten soll. In den nächsten Wochen werden die Parteien dazu Details aushandeln: Sollen die 8,50 Euro sofort gelten, wie die SPD es verlangt, oder erst mit Übergangszeiten in ein paar Jahren, wie es der Union lieber wäre? Darf ein Mindestlohn im Osten so hoch sein wie im Westen? Braucht es Differenzierungen oder Ausnahmen?

Solange das Konsensmodell der Tarifpartnerschaft der alten Bundesrepublik reibungslos funktionierte, stellten sich solche Fragen nicht. Arbeitgeber und Gewerkschaften handelten Verträge aus, die für fast alle Arbeitnehmer galten. Doch seit Jahrzehnten erodiert das System.

Mittlerweile sind in 15 Branchen Mindestlöhne festgeschrieben, von den Dachdeckern über die Müllmänner oder Bauarbeiter bis zu den Zeitarbeitern. Aber es sind stets die Tarifpartner, die sich auf ein Niveau verständigen. Das Bundesarbeitsministerium erklärt diese Branchenlöhne dann qua Verordnung für allgemeinverbindlich. Nie haben die Politiker selbst es gewagt, einen Lohn festzusetzen.

Allerdings existieren Branchenmindestlöhne nur dort, wo es auch Tarifverträge gibt. Doch im Osten sind lediglich noch 21 Prozent der Betriebe tarifgebunden, im Westen sind es 34 Prozent. In jenen Branchen, in denen die Arbeitnehmer kaum noch organisiert sind, stehen sie schutzlos da.

Die Hartz-Reformen der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder haben das Problem verschärft. Seit Hartz IV gedeiht der Arbeitsmarkt, doch das Jobwunder hat seinen Preis: Es gründet auf einem gewachsenen Niedriglohnsektor, in dem mittlerweile gut jeder fünfte Beschäftigte steckt. Heute geben selbst die Mitglieder der Hartz-Kommission zu, dass es ein Fehler gewesen sei, zusammen mit den Arbeitsmarktreformen nicht auch gleich einen Mindestlohn einzuführen.

Kurz vor Beginn der Koalitionsverhandlungen hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) nun eine Gebrauchsanweisung für das Lohnprojekt vorgelegt: „Die Einführung eines allgemeinen Mindestlohnes in Deutschland wäre ein Feldexperiment, das mit Bedacht angegangen werden sollte“, heißt es in einer Studie der Ökonomen.

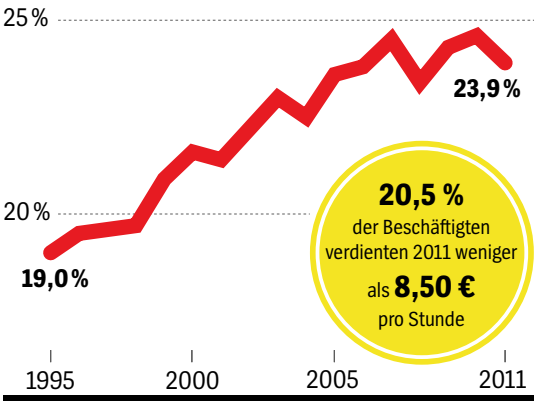
Vor allem kleine Unternehmen dürfte ein zu üppiger Mindestlohn schnell überfordern. Die Gaststätte oder der Friseur um die Ecke könnten den Kostendruck nur über ihre Preise weitergeben, so die Kernthese. Wenn dann aber Kunden ausbleiben, bedroht das wiederum die Beschäftigten.

„Ein Mindestlohn muss nicht schädlich sein“, sagt Arbeitsmarktexperte Karl Brenke, der die DIW-Studie mitverfasst hat. „Allerdings kommt es darauf an, wie er ausgestaltet ist: Er darf in keinem Fall zu hoch ausfallen.“ Die Marke von 8,50 Euro hält der Ökonom für zu gewagt. „Ich empfehle, den Mindestlohn anfangs eher niedrig bei 7 Euro anzusetzen“, sagt er. „An weitere Erhöhungen müssen wir uns dann heranschleichen.“

Niedrige Schwelle

Beschäftigte unter der Niedriglohnschwelle* in Deutschland

Quelle: IAQ, Hans-Böckler-Stiftung



DER SPIEGEL

* Wer weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns verdient, ist Niedriglohnempfänger. 2011 waren das 8,1 Mio. Beschäftigte, die weniger als 9,14 € pro Stunde erhielten.

MAURICE WEISS / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

Friseur Müller: *„Dann gehen wir pleite“*

Darin sind sich fast alle Ökonomen einig. „Bei der Einführung eines Mindestlohns ist es sinnvoll, niedrig einzusteigen, die Effekte schnell zu ermitteln und den Lohn dann nach oben anzupassen“, sagt Ronald Bachmann, Arbeitsmarktexperte des Rheinisch-westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und einer der Mindestlohn-Skeptiker.

Joachim Möller gehört seit Jahren zu den Befürwortern. Dennoch rät er angesichts der 8,50-Euro-Vorgabe zur Vorsicht. „Niemand kann von vornherein sagen, bei welcher Lohnhöhe die kritische Grenze genau liegt“, sagt der Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Landwirt Helmut Baum wüsste dazu einiges zu sagen. Seine Bauern AG Neißetal hat dieses Jahr 31 200 Euro Gewinn an die Aktionäre ausgeschüttet. Zu Baums Betrieb gehören rund 1200 Rinder, 15 000 Schweine, 2000 Hektar Land und 100 Mitarbeiter. Baums Vater war noch Bauer. Sein eigener Sohn ist Unternehmensberater.

Wenn jetzt der Mindestlohn käme, müsste Baum zunächst den Hofladen dichtmachen. Sechs bis acht Mitarbeiter würde er entlassen, sobald er jedem Angestellten 8,50 Euro pro Stunde zahlen muss. „Soll mir mal jemand vorrechnen, wie man dann noch schwarze Zahlen macht“, brummt er. Die Melkerinnen und Melker oder die Frauen, die auf dem Hof Kartoffeln sortieren, arbeiten für kaum mehr als 7 Euro in der Stunde.

Baums Beschäftigte sehen die Sache naturgemäß etwas anders. Birgit Schreiber überwacht als Anlagenleiterin den Kuhstall. Sie findet den Mindestlohn sinnvoll: Es werde immer schwieriger, junge Leute zu motivieren, sagt sie: „Für das Geld und dann auch noch Schichtarbeit.“ Bald finde der Betrieb keinen Nachwuchs mehr.

Um solche Widersprüche aufzuheben, empfehlen Ökonomen, Mindestlöhne zu differenzieren. Was für Rosenheim passend ist, muss für Rostock noch lange nicht gut sein. Der Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche gilt dafür als Modell. Er begann auf niedrigem Niveau und unterschiedet zwischen alten und neuen Bundesländern. „Die Mindestlöhne betragen für Westdeutschland 8,19 Euro und für Ostdeutschland 7,50 Euro und werden schrittweise angeglichen“, sagt IAB-Direktor Möller.

Auch 23 Jahre nach der Einheit ergibt eine Differenzierung zwischen Ost und West auf Zeit noch Sinn, auch wenn viele das im Osten als ungerecht empfinden. Noch immer ist die Wertschöpfung pro Kopf dort niedriger. Die durchschnittlichen Bruttolöhne liegen in den neuen Bundesländern weiter 17 Prozent niedriger als im Westen, der Niedriglohnsektor ist besonders ausgeprägt. Und eine weitere Ausnahme ist zwingend. „Wir sollten junge Menschen nicht mit einem Mindestlohn ermuntern, nach der Schule einen Job anzunehmen, statt eine Ausbildung zu absolvieren“, sagt Möller. Denkbar wäre, dass der Mindestlohn für Jugendliche nicht gilt. Dafür spricht sich auch DIW-Forscher Brenke aus.

Doch mit Sonderregelungen ist dann schon Schluss. Denn ein Flickenteppich

verschiedener Lohngrenzen führt das Projekt ad absurdum. Ein Modell jedenfalls, das Mindestlöhne nach Branchen und Regionen differenziert, hält Brenke für ungeeignet. „Je komplizierter der Mindestlohn ausfällt, desto größer die Möglichkeit, ihn zu umgehen.“ Unternehmen sind dabei erfinderisch – und wechseln am liebsten in jene Branchenverbände, in denen die Löhne am niedrigsten sind.

Derweil muss sich auch das Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) mit dem Mindestlohn abfinden. Das Institut gehört traditionell zu den hartnäckigsten Kritikern des Mindestlohns. ZEW-Präsident Clemens Fuest sagt: „Mir bereitet er Kopfschmerzen.“

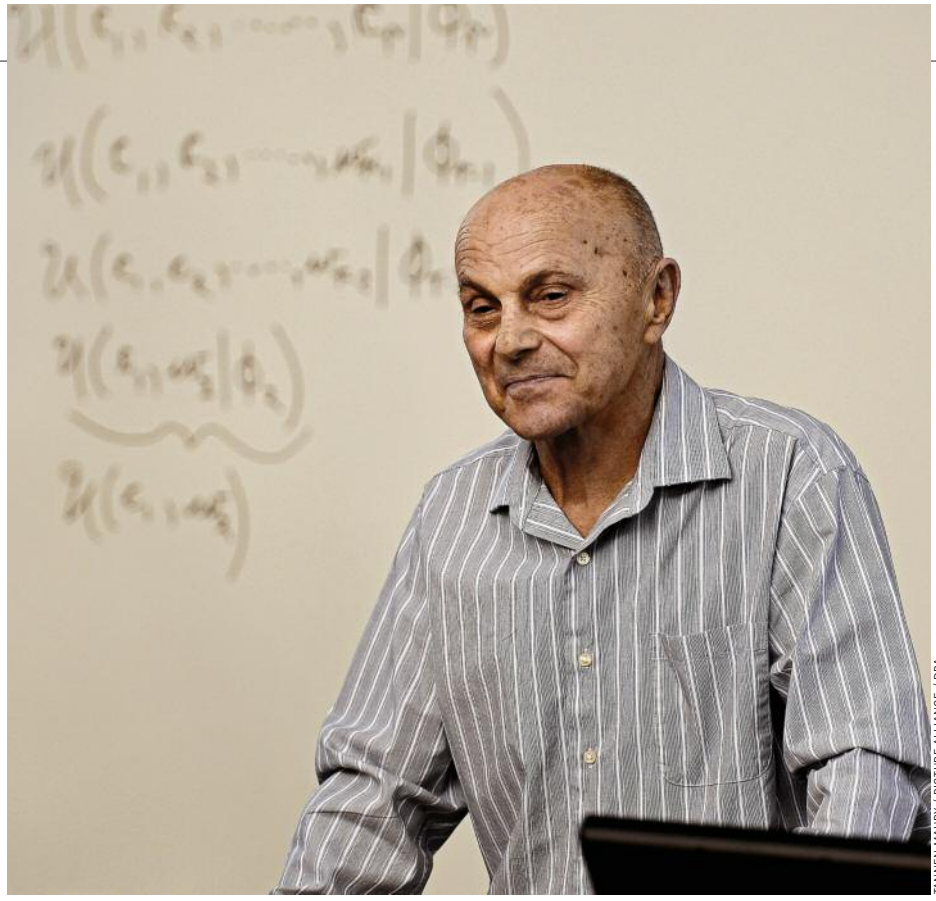
Fuest warnt davor, es dem Parlament zu überlassen, die Lohnhöhe festzusetzen. Damit drohe ein „politischer Überbietungswettbewerb“. Mindestlöhne sollten keine Wahlgeschenke sein. „Es wäre daher am klügsten, wenn eine Kommission von Tarifpartnern und Arbeitsmarktexperten eine Mindestlohnhöhe empfehlen würde“, empfiehlt Fuest. Wenn also schon Mindestlohn, dann bitte wenigstens unter fachkundiger Aufsicht!

Ginge es nach Fuest, müssten dringend auch Ökonomen mit am Tisch sitzen: „Es ist wichtig, die Expertise aus der Wissenschaft aufzunehmen – allein schon, um die Interessen von Jugendlichen oder Geringqualifizierten zu wahren. Arbeitgeber und Gewerkschaften allein haben diese Problemgruppen nicht im Blick.“

Als Vorbild gilt auch der Großen Koalition Großbritannien. Dort bestimmt seit 1999 eine Kommission über den Mindestlohn. Ihr gehören neben Arbeitgebern und Gewerkschaftern auch Wissenschaftler an. Allerdings beruht ihr tadelloser Ruf darauf, dass sie unabhängig von der Politik ist und der Einfluss von außen mit ihrer Berufung endet. Die neun Mitglieder können während ihrer Amtszeit nicht abgesetzt werden. Und: Sie stimmen ihre Entscheidungen nicht mit Verbänden ab.

„Die Unabhängigkeit der Kommission ist die Voraussetzung, dass ein Mindestlohn überhaupt funktionieren kann“, sagt RWI-Forscher Bachmann. Die deutsche Kommission muss darüber entscheiden können, ob und wie differenziert wird. Vor allem muss sie den ersten Mindestlohn festlegen, und nicht die Politik. Denn sie berät danach nur noch über die notwendigen Anpassungen. Und damit sind in der Regel Erhöhungen gemeint.

Dass ein Mindestlohn wieder gesenkt werden könnte, wenn er sich als zu üppig erweist, ist politisch kaum denkbar. Nach unten hat wohl noch nie eine Regierung ihre Versprechen korrigiert. Sven Böll, Markus Dettmer, Kristiana Ludwig, Cornelia Schmergal



TANNEN MAURY / PICTURE ALLIANCE / DPA

FINANZMÄRKTE

„Es ist einfach Glück“

Der US-Ökonom und Nobelpreisträger Eugene Fama über die Gefahren der amerikanischen Haushaltspolitik

Fama, 74, lehrt Finanzwirtschaft an der Universität von Chicago. Vergangene Woche wurde ihm der Wirtschafts-Nobelpreis zuerkannt, gemeinsam mit den US-Ökonomen Lars Peter Hansen und Robert Shiller – obwohl zumindest Shiller Fama in seiner Grundprämisse heftig widerspricht: Fama glaubt fest an die Rationalität der Märkte und ihrer Akteure – trotz der gerade noch abgewendeten Fast-Pleite der USA.

SPIEGEL: Mr. Fama, die US-Regierung kämpft um ihren Haushalt, nächster Stichtag ist nun im Februar. Muss die Welt doch noch mit einer Pleite der größten Volkswirtschaft der Welt rechnen?

Fama: Das war politisches Getöse vergangene Woche. Die Parteien werden niemals einen Zahlungsausfall riskieren. Das steht außer Frage.

SPIEGEL: Bevor die US-Regierung die Investmentbank Lehman Brothers pleitegehen ließ, hieß es auch: Das wird nicht passieren.

Fama: Die US-Regierung ist aber nicht Lehman. Lehman hatte enorme Schulden angehäuft. Schulden mit kurzfristiger Laufzeit, mit denen langfristige Anlagen gekauft worden waren, die dann an Wert verloren. Die Bank war derart insolvent, es gab keinen Weg, das noch zu retten.

SPIEGEL: Haben die Schulden der USA von rund 17 Billionen Dollar nicht auch längst jedes vernünftige Maß überschritten?

Fama: Aber das ist doch eine ganz andere Situation: Die USA können sich leicht noch weiteres Geld leihen, solange sie nur ihre Schulden bedienen. Ich hoffe allerdings, dass sie das nicht für immer so weitermachen.

SPIEGEL: Vergangene Woche hat Washington sich aus der Affäre gezogen und einfach die Obergrenze der Verschuldung angehoben. Was bedeutet das für die Finanzmärkte?

Fama: Die Dose wurde sozusagen ein Stück weiter die Straße runter gekickt. Wenn man sie oft genug kickt und weit genug, könnten Investoren das Vertrauen in die Schulden verlieren. Dann kann das Land nur noch Schuldscheine herausgeben, wenn es sehr hohe Zinsen zahlt. Man hat das bei Italien und Spanien ge-